

Antrag

der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Stopp dem Flächenraubbau in Mühlberg

Rund um Mühlberg und seine Ortsteile sind in den vergangenen 25 Jahren riesige Kiestagebaue entstanden. Kiesgewinnung ist in Mühlberg auf einer Fläche von insgesamt 538 Hektar zugelassen. Für den Kiestagebau sind weitere Flächen beantragt, die dieses Gebiet auf 707 Hektar in den Gemarkungen der Stadt ausdehnen könnten. 83 Hektar sind in der Nachbarstadt Bad Liebenwerda für Kiesabbau beantragt, weitere Flächen sind in der nördlich angrenzenden Stadt Falkenberg für den Kiesabbau in Vorbereitung.

Bisher erfolgten unzureichende bzw. keine Rekultivierungen auf oder im Umland der ausgekierten Flächen. Die Ortschaften und die Einzelgehöfte in der Region sind ungeschützt dem scharfen Flugsand ausgesetzt.

Nach Berichten aus der Bevölkerung ist sogar der überwiegende Teil des abgetragenen Mutterbodens abtransportiert worden.

Den zum Scoping-Termin geladenen Stadtverordneten in Mühlberg, sind im Januar äußerst umfangreiche Tischvorlagen, mit dem Ziel einer Beschlusszustimmung, schnellstmöglich weitere Flächen als Kiestagebaue aufzuschließen oder zu erweitern, übergeben worden.

Die bisherigen Beschwerden und Hinweise der Bürger werden darin völlig ignoriert, die Staubbelastung wird als sehr gering eingeschätzt. Auch wird in diesen Beschlussvorlagen auf die Erstellung umfangreicher umweltrechtlicher Planungen hingewiesen.

Bisher fehlen jedoch fast vollständig die Wiedernutzbarmachungen der bisher in Anspruch genommenen Flächen für einen Umfang von über 400 Hektar, ebenso schützende Randbepflanzungen, die die benachbarten Ackerflächen und die angrenzenden Häuser vor den Flugsanden schützen.

Besondere Brisanz beinhaltet diese Situation, da nicht nur wertvolle Ackerflächen der Elbaue abgetragen werden, es wird der Acker dem Zuckerrübenanbau entzogen.

In der Folge entfallen nicht nur Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, sondern auch die Zuckerrübenfabrik Brottewitz/Mühlberg wird in Frage gestellt.

Der Landtag möge beschließen:

1. Erteilte Genehmigungen zur Rohstoffgewinnung/Auskiesung in Mühlberg und anderen Orten, sind umgehend auf Erfüllung aller umweltschutz-, naturschutz- und bodenschutzrechtlichen Auflagen und Vorgaben insgesamt und umfassend zu überprüfen.
2. Bei Feststellungen, dass ungenügende oder keine Rekultivierungen erfolgen oder erfolgt sind, ist die Rohstoffgewinnung/Auskiesung zu stoppen.

3. Es ist reell in Mühlberg und anderen vom Kiesabbau betroffenen Flächen dafür Sorge zu tragen, dass Folgen der Eingriffe durch Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen geheilt werden, indem Landschaftsteile ökologisch aufgewertet werden, die Ressource Natur und Landschaft erhalten, um der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe Genüge zu tun.
4. Die Landesregierung wird aufgefordert, bei Erteilung von Genehmigungen zur Rohstoffgewinnung und Flächeneingriffen, adäquate Bürgschaften des Antragstellers/Flächennutzers bei einer zuständigen Behörde zu hinterlegen, die in der Folge notwendige Rekultivierungen oder Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Finanzierung sicherstellen.

Begründung:

Im Genehmigungsverfahren in Mühlberg sowie auch in anderen Kiestagebauen im Land Brandenburg wurde erklärt, dass „... die Rohstoffsicherung und Mineralgewinnung, wegen der wirtschaftlichen Bedeutung und Standortgebundenheit der Bodenschätze, als gleichrangige Aufgabe, wie andere Zielen der Landesplanung, anzusehen ist. Dabei haben sich Lagerstättenschutz selbstverständlich in den Rahmen von Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit, Ressourcenschonung, Tourismus und andere raumbedeutsame Planungen einzuordnen.“

Auch wurde erklärt, dass sich die Landesregierung in Konfliktfällen beim Kiesabbau eindeutig im Interesse der Bürger zum Tourismus und zum Erhalt der natürlichen Lebensräume positioniert.

In der Drucksache 5/4125 zum Flächenverbrauch von land- und forstwirtschaftlichen Flächen wird erklärt, dass durch Eingriffsmaßnahmen nicht nur Flächen als solche entzogen, sondern auch die Wirkung dieser Flächen für den Naturhaushalt und das Landschaftsbild verloren gehen. Zur Bewältigung dieser Folgen sollen nach Möglichkeit Flächen und Funktionen zurückgewonnen werden, die zumindest eine gleichwertige Wiedergutmachung an anderer Stelle gewährleisten.

Der bisherige Kiesabbau und die geplanten Vorhaben in Mühlberg und Umgebung haben Dimensionen von über 800 Hektar Fläche erreicht.

Die Bürger der angrenzenden Ortschaften berichten vom Blick auf Mondlandschaften sowie eine überhöhte Abraumhalde und unkontrollierbaren Sandstürmen.

Die inzwischen betroffene Fläche würde dem Verschwinden der Fläche von 8 km² gleichkommen.

Somit sind umgehend alle notwendigen Ausgleichs- und Erhaltungsmaßnahmen, zum Schutz der Bürger, der Umwelt aber auch der Rohstoffe, einzuleiten.

Iris Schülzke
für die BVB/ FREIE WÄHLER Gruppe